



Ausschuss für Kommunalpolitik

7. Sitzung (öffentlich)

7. März 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

- Verabschiedung von MDgt a. D. Held (IM)

1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/402, 13/620 und 13/750

Vorlagen 13/278, 13/299, 13/407, 13/421 und 13/444

2

Nach Abstimmung über die Änderungsanträge - siehe Vorlage 13/548 - wird der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksachen 13/402, 13/620 und 13/750 in Verbindung mit den Vorlagen 13/421 und 13/444 - in der Fassung der vom Ausschuss zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP angenommen.

**2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen
- Aufnahme von Kinderrechten -**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/472

7

Der Ausschuss kommt überein, diesen Punkt erst nach der vom federführenden Ausschuss geplanten Anhörung zu beraten.

3 Gesetz über die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/623

8

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung des Antrags zu schieben und ihn mit den anderen im Verfahren befindlichen Anträgen zu Ände-

rungen der Gemeindeordnung zu behandeln. - StS Riotte (IM) weist darauf hin, dass das Innenministerium nach Beratung der verschiedenen Themen und der Bewertung der verschiedenen Wünsche zur Änderung der Gemeindeordnung entsprechend Zeit benötige und frühestens im Herbst einen Vorschlag bzw. eine Stellungnahme liefern werde.

- 4** **Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG); Änderungsverordnung für das Schuljahr 2001/02**
Vorlage 13/345

8

Der Ausschuss stimmt der Ziffer 1 der Vorlage mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP zu.

- 5** **Chancen für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen verbessern; Grundstücke für die Ansiedlung "flächenintensiver Großvorhaben" tatsächlich verfügbar machen**
Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/618

8

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten und ihn erneut auf die Tagesordnung zu setzen, wenn der Beratungsfahrplan des federführenden Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung bekannt ist.

6 Konsequenzen aus dem BSE-Skandal ziehen: Vorrang für Verbraucherschutz - grundsätzliches Umsteuern in der gesamten Lebensmittelproduktion

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/629

8

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Koalitionsfraktionen mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP zu. - Ein entsprechendes Votum geht an den federführenden Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz.

7 “Qualitativer Sprung in der Frauenpolitik - Gender Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen”

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/713

9

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung der CDU zu. - Ein entsprechendes Votum ergeht an den federführenden Ausschuss für Frauenpolitik

8 Freie Wahl des Grundschulstrandortes ermöglichen - für eine Liberalisierung der Grundschulzuweisung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/720

10

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der FDP abgelehnt. - Ein entsprechendes Votum ergeht an den federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

9 Verkleinerung der Bundeswehr

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/721 (Neudruck)

10

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen und die Entschließungsanträge seitens der Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion dann in die Beratungen einzubeziehen.

10 Öffentlich-rechtliche Abgaben zulasten von Kleingärten

11

- Bericht durch MR Weinspach (IM)

ausreichend sei. Insofern müsste man unter Berücksichtigung des Ansatzes des Kollegen Dr. Horstmann hinsichtlich des Zweckzuweisungscharakters bestimmter Mittel in dem Bereich Sanierung auch an Aufstockung denken.

Hinsichtlich des Bahnflächenpools merkt der Abgeordnete abschließend an, stelle sich die Frage, wie man im Rahmen der Vertragsverhandlungen die zum Teil doch noch sehr behördlich agierende Bahn mit ihren verschiedenen Töchtern zu mehr Beweglichkeit veranlassen könne. Und wenn das Land solch schöne Vorhaben plane, sollte es auch Farbe bekennen und selbst finanziell einsteigen.

Im Übrigen betrachte er - eingehend auf die Bemerkungen des Abgeordneten Groth - die Frage der Höhe des Verbundsatzes weniger als eine gewisse Gnade des Landes, sondern als einen Anspruch, und zwar deswegen, weil die Kommunen hinsichtlich der Durchführung mittlerweile einen Großteil der staatlichen Verantwortung übernommen hätten. Von daher erachte die FDP die Mittel als zu gering.

StS Riotte (FM) bemerkt zum Bahnflächenpool, dass die Formulierung des Ansatzes und seine Begründung eine gewisse Interpretationsbreite hätten, hänge schlicht damit zusammen, dass die Verhandlungen mit der Bahn noch zu Ende geführt werden müssten und das federführende Ressort für diese Verhandlungen einen gewissen Spielraum benötige, innerhalb derer es haushaltsrechtlich abgesichert sei.

Hinsichtlich der Kurortpauschale bringt er sodann eine Korrektur an: In Anlage i) der Vorlage 13/444 sei der Betrag für Reichshof durch einen Schreibfehler falsch ausgewiesen. Statt 375.500 DM müsse er lauten 375.000 DM.

2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen - Aufnahme von Kinderrechten -

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/472

(Ergebnis siehe Beschlusstext)